

Zeitungs-Spiegel

Herausgegeben vom Evangelischen
Presseverband für Rheinland

Essen, Dritter Hagen 23, Schließfach 689, Fernruf Essen 24344 und 24345, Postcheckkonto Essen 3417

Herausgegeben: Sonntag, den 2. Juli 1933

Nr. 76

Vertraulich!

"Der Tag" Nr. 157 vom 2. Juli 1933.

Hindenburgs Vermittlung in der Kirchenfrage.

Der Reichskanzler hat den Reichsminister des Inneren, Dr. Frick, in Verfolg des Eingreifens Hindenburgs beauftragt, Verhandlungen einzuleiten, die zur Überbrückung der Gegensätze der beiden im Widerstreite befindlichen Richtungen der evangelischen Kirche dienen sollen. Der Reichsminister des Inneren hat darauf folgendes Schreiben an den Wehrkreispfarrer Müller gerichtet: "Nichtdem mich der Herr Reichskanzler mit der weiteren Behandlung der evangelischen kirchlichen Einigungsbestrebungen betraut hat und Sie mir über den derzeitigen Stand der Verhandlungen Bericht erstattet haben, ersehe ich aus diesem Ihren Bericht, dass das Einigungswerk bei treuer Mitarbeit der Beteiligten baldigst sein Ziel erreichen wird.

Ich wünsche Ihnen für das unter Ihrer Führung stehende Werk und für die erste Sitzung des Ausschusses für die Schaffung einer neuen Verfassung der Deutsch-evangelischen Kirche vollen Erfolg und Gottes Segen. Ich habe das Vertrauen, dass Sie als Bevollmächtigter des Herrn Reichskanzler das grosse Werk für Kirche und Volk bald zu einem guten Abschluss führen werden."

"Der Reichsbote" Nr. 147 vom 2. Juli 1933.

Ein Brief Hindenburgs an Hitler.

... "In Liebe und Vertrauen"

Wehrkreispfarrer Müller veröffentlicht folgenden Aufruf:

"Die Not in Kirche und Volk ist so gross geworden, dass ich aus der Verantwortung meines Auftrages die Führung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes übernommen habe. Pflicht und Aufgabe ist mir, die Einigkeit und Freiheit der evangelischen Kirche so schnell wie möglich wiederherzustellen. Ich bitte alle evangelischen Christen um ihre Fürbitte. Alle Berufenen, insbesondere die Führer der Kirchen, bitte ich um ihre Mitarbeit. Unser Herr und Heiland verlangt von uns, dass wir in Liebe und Vertrauen den Neubau der Kirche ausführen. Die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche soll und muss jetzt und in kürzester Frist aufgerichtet sein. Dann soll das Kirchenvolk sein Ja sprechen, und ich kann zum Führer gehen und ihm sagen, dass die Deutsche Evangelische Kirche bereit ist zum Dienst am Volk und Vaterland in Gehorsam gegen das Evangelium. So erreichen wir, was wir alle ersehnen, wie es der Ruf der Stunde von uns verlangt. Gott helfe uns allen."

"Der Tag" Nr. 157 vom 2. Juli 1933.

Bevollmächtigter für Sachsens Landeskirche.

Das sächsische Ministerium des Innern hat an das evangelische Landeskonsistorium zu Händen des Präsidenten Dr. Dr. Seetzen eine Anordnung gegeben, wonach Pfarrer Friedrich Koch in Dresden mit der Wahrnehmung aller dem Landesbischof der evangelisch-

lutherischen Landeskirche des Freistaates Sachsen zuständigen Rechte und Befugnisse auf so lange betraut wird, bis ein Landesbischof nach der künftigen Verfassung der in Bildung begriffenen "einen evangelischen Kirche deutscher Nation" gewählt oder anerkannt worden ist. Pfarrer Koch wird weiter ermächtigt, bis auf weiteres alle dem evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, dem Landeskirchenausschuss und dem ständigen Synodal-Ausschuss zustehenden Rechte auszuüben.

"Deutsche Zeitung" Nr. 153 vom 2. Juli 1933.

... Der Kommissar für die evangelische Landeskirche in Preussen, Jaeger, hat anstelle des Professor D. Goeters in Bonn für den Bereich der evangelisch-reformierten Landeskirche der Provinz Hannover den Pastor Engels in Osnabrück zu seinem Bevollmächtigten bestellt und mit sofortiger Wirkung die Befugnisse des Kirchen-senats der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover auf Pfarrer Hahn in Elmslohe übertragen.

"Tägliche Rundschau" Nr. 152 vom 2. Juli 1933.

Der politische Katholizismus am Ende.

Das geheime Staatspolizeiamt hat im Laufe des gestrigen Tages in ganz Preussen die Geschäftsstellen folgender Verbände geschlossen und deren Schriftenmaterial und sonstiges Vermögen sichergestellt: Friedensbund Deutscher Katholiken, Winthorstbund, Kreuzschar, Sturmschar, Volksverein für das katholische Deutschland und Volksvereinsverlag G.m.b.H., Katholischer Jungmännerverband sowie Personenvereinigungen, die als Fortsetzung der genannten Organisationen anzusehen sind.

Diese Massnahmen waren notwendig, da sich herausgestellt hat, dass die genannten konfessionellen Hilfsverbände des Zentrums sich staatsfeindlich betätigt haben und durch eine systematische Hetze die natürliche Eingliederung grosser Teile des katholischen Volkes in das nationale Deutschland zu sabotieren suchten. Durch diesen Missbrauch religiöser und kirchlicher Einrichtungen für parteipolitische Zwecke musste das Verhältnis zwischen dem nationalen Staat und der katholischen Kirche ernstlich gefährdet werden. Nicht berührt von den Massnahmen bleiben die rein kirchlichen Vereine, die sich von einer parteipolitischen Einmischung fernhielten und lediglich sozialen und charitativen Zwecken dienen.

Es ist zu beobachten, dass der amtliche Bericht die Sonderstellung und Unantastbarkeit der rein kirchlichen Vereine unterstreicht. Leider ist durch den Fuldaer Bischofsbrief die klare Grenzziehung zwischen kirchlichen und politisierenden katholischen Verbänden erschwert worden. Es dürfte zu spät sein, wenn jetzt die Bischöfe eine Entpolitisierung anraten. Der Erzbischof von Freiburg, Dr. Gröber, hat den Klerus seine Diözese angewiesen, in Predigt, Christenlehre und Religionsunterricht, sowie in der Vereinstätigkeit und privaten Aussprache alles zu vermeiden, was als Kritik der leitenden Persönlichkeiten in Staat und Gemeinde oder der von ihnen vertretenen staatspolitischen Anschauungen ausgelegt werden könnte. Der Erzbischof von Bamberg hat an die katholische Presse ein Schreiben gerichtet, das ihr die grundsätzliche Enthaltung von jeder parteipolitischen Betätigung zur Pflicht macht, damit diese Presse für die Aufgabe frei bleibt, "mit den Tagesbotschaften den katholischen Geist in die Seelen ihrer Leser zu leiten und die Ereignisse des Menschenlebens und Weltgeschehens

7 6/3

am Maßstabe des Christentums zu messen und im Spiegel der Ewigkeit zu beschauen. Die katholische Tagespresse ist ein unentbehrliches und unersätzlich Mittel zeitgemässer Seelsorge, auf das die Kirche unter keinen Umständen verzichten kann". Mit diesen etwas verspäteten Ratschlägen ist aber noch nicht viel getan solange der "Osservatore Romano" das Blatt der römischen Kurie, in seinen Stellungnahmen zur innerdeutschen Lage nicht ebenfalls zwischen der Verteidigung des katholischen Glaubens und den politischen Exponenten dieses Glaubens unterscheidet. Noch am 28. Juni konnte man in diesem Blatt eine unnötige Kritik an den Verhaftungen geistlicher Politiker und an der Eingliederung der katholischen Gewerkschaften in die Deutsche Arbeitsfront lesen. Am gleichen Tage erschien im Osservatore ein Artikel über das Rassenprinzip des Nationalsozialismus als Materialismus brandmarkt, der zum Heiligtum führen müsse. Dieser Artikel, der mit den Worten schließt: "Auch im zwanzigsten Jahrhundert werden wir zwischen dem Rassenhass und der christlichen Nächstenliebe, zwischen Barberei und Kultur wählen müssen", hat im "Völkischen Beobachter" eine scharfe Zurechtweisung erfahren: "Gerade heute, wo die katholische Kirche im stärksten Masse daran interessiert sein sollte, Deutschland gegenüber eine freundliche Haltung einzunehmen, wird statt dessen das erbittert bekämpft, was den meisten Deutschen heilig ist."